



# Friedenssteuer

## NACHRICHTEN

Dezember 2013, Nr. 50

50. (!) Ausgabe der Friedenssteuer Nachrichten und es gilt weiter:

### Wir suchen den Frieden mit der Lupe

Weil große Aktionen im Moment ruhen (Lobbyarbeit, Finanzamtsaktion), steigen wir auf elegante Graswurzelaktionen um. Gerlinde und Martin Rambow hatten im Frühling eine sehr gute Idee: sie entwarfen eine Friedenssteuer-Briefmarke.

**Die Deutsche Post macht 's möglich – die Briefmarke nach individuellem Entwurf. Die verkauft sie aber nicht selber. Kurz nachdem unsere Briefmarke herauskommen war, kam die Post mit einer Bundeswehr-Briefmarke. Das ist eine Staats-Briefmarke, welche die Post selber verkauft. Auch hier wieder: Bundeswehr geht automatisch und findet man überall; Frieden ist Bürgersache und muss man mit der Lupe suchen.**

Beim Kirchentag machten wir den Probelauf. Die Marken gingen weg wie warme Semmeln – und so bestellten wir nun schon dreimal nach. Wir waren stets zu vorsichtig; es wurden insgesamt schon 12.000 Stück verkauft. Das alles mit nur wenig Werbung! Am Anfang unterstützte uns dankenswerterweise die Evang. Kirche in Mitteldeutschland, indem sie die Druckkosten (14 Cent/St.) zahlte. Die späteren Bestellungen zahlten wir selber vollständig (Kostenpreis: 58 + 14 = 72 Cent pro St.). Das war viel Geld um mal eben vorzustrecken, aber kein Problem: alle KäuferInnen zahlten ohne weiteres die 72 Cent, und manche spendeten noch etwas dazu für unsere Öffentlichkeitsarbeit. Und nun erst kommt die Präsentation der Briefmarke bei Ihnen, unseren LeserInnen, an. Wenn Sie bestellen mögen (bei der Redaktion): die Briefmarken gibt es in Bögen mit 20 St.; weniger geht auch. Für Veranstaltungen wurden bisher auch schon mal 100, 200 und 500 St. bestellt. Uns geht es nicht um Gewinn, sondern nur um Aufmerksamkeit für unsere Botschaft. Es kamen schon viele Reaktionen von EmpfängerInnen; wir merken es auch an der Besucherzahl auf unserer Internetseite.

Es drängt uns nach weiteren Aktionen. Bei der Arbeitstagung in September steckten wir die Köpfe zusammen und kamen auf einige Ideen, die wir in diesem Heft vorstellen. Machen Sie mit? Jede kleine Aktion kann eine große werden!

Auch wenn der Durchbruch unseres Themas nicht bald zu erwarten ist – der Kairos wird kommen. Wir glaubten schon, dass Papst Franziskus ihm einen Schubs gegeben hatte, als seine erste Reise nach Lampedusa ging.

Leider reichte es nur für ein Staatsbegräbnis für ertrunkene Flüchtlinge in Italien. Der EKD-Vorsitzende lobte auf dem Kirchentag in Hamburg die *Aktion Aufschrei - Stoppt den Waf-*

*fenhandel!* und nannte es ein genuin evangelisches Anliegen, das unbedingt seinen Platz innerhalb der Kirche habe. Vielleicht gibt die Synode dem Kairos einen weiteren Schubs, wenn sie konsequenterweise nun den Krieg für Christen konkret verbietet? Wenn Pfarrer zu Militärs werden konnten, geht das auch umgekehrt.

Wir machen unsere Graswurzelarbeit fleißig weiter, auch wenn wir den Kairos manchmal einen faulen Sack schimpfen - und doch nur selber nicht kräftig genug sind. Weil wir immer noch zu wenige sind.

*Gertie Brammer, Karwitz-Lenzen*

*Oft wird gefragt: „Wo ist denn die Friedensbewegung?“ - unter Hinweis auf die Riesendemos in Bonn 1982/83.*

*Gegenfrage: „Wo sind Sie?“*

KEIN GELD FÜR KRIEG



**Wer wir sind und was wir wollen**

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere zentrale Erklärung lautet:

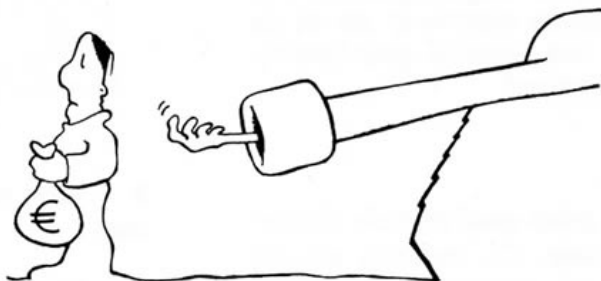
**„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“**

Wir haben ein Zivilsteuergesetz formuliert. Dazu gibt es zwei fach-juristische Gutachten (von zwei Uni-Professoren). Auch ein dritter Professor - für Öffentliches Recht an der Freien Universität Freiburg - bescheinigte uns die Unbedenklichkeit bezüglich der Einführung dieses Zivilsteuergesetzes, weil juristisch zu 100% in Ordnung. Es kommt nur auf den politischen Willen an. Mit diesen Texten machen wir Lobbyarbeit bei den Bundestagsabgeordneten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen so lange Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis das Zivilsteuergesetz beschlossen und umgesetzt ist.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO CPTI / *Conscience and Peace Tax International* mit Sitz in London hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in New York und in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für unsere Arbeit sind Spenden sehr willkommen.

**Die moderne Form der Kriegsdienstverweigerung ist die Militärsteuerverweigerung**

**Impressum**

Die *Friedenssteuer Nachrichten (FN)* werden herausgegeben vom *Netzwerk Friedenssteuer e.V.*

V.i.S.d.P.: Friedrich Heilmann, s.S. 16

Verantwortliche Redakteurin: Gertie Brammer, Adressen s.S. 16

**Termine:**

- |                     |   |
|---------------------|---|
| 21./22. 02. 2014    | Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden in Köln<br>Thema: 100 Jahre Krieg – 100 Jahre Pazifismus           |
| 30.04. - 04. 05. 14 | Ökumenische Versammlung in Mainz<br>Netzwerk Friedenssteuer organisiert mit und wird einen Workshop anbieten.         |
| 04.-06. 04. 2014    | Friedenssteuer Jahrestagung in Imshausen bei Bebra, Tagungshaus Adam-von-Trott-Stiftung, Einladung auf Seite 10 unten |
| 26.-28. 09. 2014    | Friedenssteuer Arbeitstagung in Köln, Kloster St. Georg   |

**Drei Tage, mit denen sich Aktionen für den Frieden gut verknüpfen lassen:**

- |                |   |
|----------------|---|
| 14. April 2014 | Internationaler Aktionstag gegen Militärausgaben                    |
| 15. Mai 2014   | Internationaler Tag der Kriegsdienst- und Militärsteuerverweigerung |
| 01. Sept. 2014 | Antikriegstag / Weltfriedenstag                                     |

<i>Inhaltsübersicht:</i>	Seite
Impressum / Termine	2
Spinner	3
Graswurzelaktionen	4-6
Banken-Aktionen	7
MSV-Aktion	8
Jahrestagung 2014	10
Langzeitprojekte	10-13
Bericht CPTI	14
Ricardo Esquivia	14-15
Adressen	16
Beilage: Friedenssteuerbroschüre	



Netzwerk Friedenssteuer e.V.  
Krennerweg 12, 81479 München  
Tel: 089 / 725 94 16

info@friedenssteuer.de

www.friedenssteuer.de

Spenden: Kto.Nr. 70 016 016 00

BLZ 430 609 67

GLS Gemeinschaftsbank eG

Die *Friedenssteuer Nachrichten* erscheinen 2x im Jahr und gehen an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Da Friedensarbeit auch Kosten, wie z.B. Druck und Versand dieser *Friedenssteuer Nachrichten*, verursacht, freuen wir uns ebenso über eine Spende wie über Ihr Interesse an unserer Arbeit. Für uns ist es wichtig, dass wir viele werden!

Die *FN* erscheinen zweimal im Jahr.  
Auflage: 500, Redaktionsschluss der nächsten *FN*: **am 10. März 2014**

## Bist du ein Spinner?

Schon als Jugendlicher aktiv für den Frieden, gehört Dirk Panhuis aus Leuven (Belgien) seit 1983 zur Friedenssteuerbewegung. Von 1994 bis Juli 2013 war er als Vorstandsmitglied von CPTI dessen Sekretär, aber de facto auch Kassenwart und Schriftführer und noch einiges mehr. Ab 2010 hat er sich nach und nach aus der aktiven Arbeit zurückgezogen. Ein 19-jähriges, ununterbrochenes Engagement!

### Selbstverständlich!

Es gibt Dinge die man tut, weil man sie als selbstverständlich empfindet.

Meine erste Friedenstat war das Verteilen einer Weihnachtsbotschaft auf die Bitte unseres Pfarrers hin – allerdings außerhalb des Kirchengrundstücks auf dem öffentlichen Fußweg. Für eine Verteilung an der Kirchentür fand der Kirchengemeinderat die Botschaft nämlich zu radikal pazifistisch. Durch diesen Pfarrer habe ich meine biblische Bildung für Gerechtigkeit und Frieden bekommen.

An der Universität von Gent (Flandern) hießen Anfang der 60er Jahre die aktuellen Themen: Demokratisierung des Unterrichts an den Hochschulen, Vietnamkrieg, Kubakrise, Anti-Atommärsche, Dekolonisation und Staatenbildung in der so genannten Dritten Welt. Als ich dann an einer Hochschule in der Demokratischen Republik Kongo (ehemalige belgische Kolonie, 1960 unabhängig geworden) Arbeit bekommen konnte, habe ich selbstverständlich meine Wehrpflicht durch einen Einsatz von drei Jahren in der 'Dritten Welt' ersetzt. Dafür brauchte ich mich nicht mal einer Prozedur zur Anerkennung als Gewissensbeschwerten zu unterwerfen! Ich blieb über 8 Jahre auf diesem fesselnden Posten. Danach folgten noch 6 Jahre Studium in den USA.

Anfang 1981 zurück in Belgien stand die Aufstellung der Marschflugkörper im Zentrum der Aufmerksamkeit. Mit meiner Frau Emilia und unserem Kleinkind beteiligte ich mich selbstverständlich an den größten Friedensdemonstrationen, die Belgien je gesehen hat.

Vor diesem Hintergrund ging 1983 die AKtie VRedesbelastung / VRAK an den Start. Emilia und ich nahmen selbstverständlich teil, und nicht viel später wurde ich wie selbstverständlich aktives Vorstandsmitglied. 1986 nahm ich selbstverständlich an der ersten Internationalen Konferenz der Friedenssteuerbewegung in Tübingen teil und dann auch an allen folgenden zweijährlichen Konferenzen, 13 an der Zahl. Selbstverständlich organisierte VRAK zwei davon in Brüssel. Emilia und ich bekamen meistens Steuergeld zurück, so dass wir wenig anderes machen konnten als einen Brief ans Finanzamt schicken. Aber eine einmalige effektive Verweigerung einer symbolischen Summe von 500 BEF (jetzt 12,50 €) führte 1990 zu einer erzwungenen, aber gelungenen Inventarversteigerung mit ausgezeichnete Medienaufmerksamkeit.

1992 bildete die Internationale Konferenz in Brüssel ein Komitee, das die Gewissensbeschwerde gegen die militärische Verwendung von Steuergeldern auf die Agenda von internationalen Institutionen setzen sollte. Selbstverständlich unternahm ich das Nötige, um 1994 auf der Konferenz in Hondarribia (Spanien) Conscience and Peace Tax International (CPTI) offiziell mit zu gründen, mit Sitz in Belgien. Mit der Hilfe von allen Vorstandsmitgliedern und einem guten Vertreter in Genf (Derek Brett) wuchs CPTI aus zu einem Verein mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC), der vom Menschenrechtsrat für seine Beiträge zum Thema Kriegsdienstverweigerung geschätzt wird und daran anknüpfend auch Aufmerksamkeit für das Thema Militärsteuerverweigerung findet.

Bin ich ein Spinner? Vielleicht schon in den Augen derjenigen, die das heutige neoliberale Gesellschaftsmodell anhängen. Aber eine Welt, die an dem Status Quo und dem MIMAC (dem Militärisch-Industriellen-Media-Akademischen Komplex) glaubt, führt zu Erstarrung, Ausdörrung und Tot. Für das 'Königreich von Gerechtigkeit und Frieden' sind Auferstehung und Aufstand erforderlich. Daran zu glauben und davon zu träumen ist für mich der einzige Weg zum Leben hin.

Ja, ich bin ein Spinner – selbstverständlich!



*Dirk Panhuis, Leuven, Belgien*

Auf Seite 14 finden Sie einen Bericht über CPTI.

## Graswurzel-Aktionen ++ Graswurzel-Aktionen ++ Graswurzel-Aktionen ++ Graswurzel-Aktionen

Als wir daran gehen wollten, über unsere Herbst-Arbeitstagung in Köln zu berichten, flatterte dieser Aufschrei von Hannelore Morgenstern ins Haus. Wunderbar! Es geht um subjektive Gefühle, aber besser kann man unsere Situation nicht beschreiben. Die Aktionsvorschläge kamen von allen Beteiligten.

### Mitreisende gesucht

Jetzt bin ich richtig enttäuscht. Als ich mich Anfang der 90er Jahre bei der Militärsteuer-Verweigerung engagierte, war mir schon klar, dass die Umsetzung des Anliegens nicht so bald gelingen würde. Aber ich hatte doch gehofft: Bevor ich in Rente gehe, werde ich den entscheidenden Schritt noch gehen können. Und jetzt bin ich in Rente! Und nix ist passiert, mal von ganz unten gesagt. Schon ertönt auf der höheren Etage die Stimme der Vernunft: Lass den Jammer; Du bist schließlich nicht zum Jammer Vorstandsmitglied geworden!

Nun mal langsam, lästige Vernunftstimme! Wir hatten vier Gesetz-Entwürfe im Bundestag; keiner kam durch. Zudem hörte ich Kerstin Müller als Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (1998-2002) in meinem Fernseher sagen, dass eine Partei in Regierungsverantwortung keine pazifistische Partei sein könne – also keine weitere Hoffnung auf Unterstützung durch diese Partei. Jüngst hat auch noch ein Vorstandsmitglied von Die LINKE unser Anliegen als nicht realisierbar abgetan – diese Partei war bislang die geneigtste. Unser Entwurf des Zivilsteuergesetzes wurde erstellt und als grundsätzlich tauglich begutachtet – aber die Unterstützung einer interfraktionellen Gruppe für die Einbringung dieses Gesetzes in den Bundestag erlangten wir nicht. Schließlich schmetterte das Bundesverfassungsgericht unsere zehn Beschwerde-FührerInnen ab. Etliche Menschen bescheinigen uns, dass unser Anliegen ehrenwert ist und von uns mit erstaunlicher, vielgestaltiger Beharrlichkeit

weiterverfolgt wird – vielen Dank, aber solch eine Anerkennung wollte ich nicht. Ich will kein Geld für Krieg zahlen!

Unseren Verein als small, but beautiful zu beschreiben, ist nur eine nette Idee. Aber wir müssen mehr und noch tatkräftiger werden, auch wenn wir wissen, dass wir keine Mehrheit werden. Voriges Frühjahr nahmen wir uns vor, neue Mitreisende zu suchen und finden. Die vielen Gäste von Kirchentagen, die an unseren Ständen Halt machten, schlossen sich uns nicht aktiv an. Viele UnterstützerInnen haben die Verfassungsbeschwerde unterschrieben, uns z.T. sogar mit ihrer Spende unterstützt – das ist großartig; dennoch brauchen wir mehr Power von Menschen und bei Aktionen.

Die an unserer Sache Interessierten sind zu weit weg; die *Friedenssteuer Nachrichten* reichen als Brückenschlag noch nicht aus. Wir brauchen Menschen aus der Finanzverwaltung, die als Privatpersonen mitarbeiten – zum Beispiel bei der neuen Aktion der Verweigerung von Kfz-Steuer wegen des Skandals in der deutschen Militär-Drohnen-Politik (Seite 6). Wir wissen nicht, welche Menschen mit speziellem Fachverstand wir noch gezielt hier aufzählen sollen; vielleicht wissen Sie es selber und melden sich bei uns? Einige Ideen für Aktionen wurden gerade vereinsintern diskutiert. Diskutieren Sie doch mit! Wenn nicht per Brief oder eMail, so können wir in unserem Blog gemeinsam über neue Ideen und ihre Umsetzung nachdenken; und danach im kleineren Kreis umsetzen. In unseren Köpfen kreisen Ideen und Fragen wie diese:

1. Drohnenprotest! Diese erste Idee haben wir gleich ausgearbeitet, s. Seite 6.

Variante 1: Wir/Sie sammeln Einkaufsbelege, bis zu einem Betrag von 13,21 € an Mehrwertsteuern. Diese ausgewiesene Mehrwertsteuer fordern wir/Sie vom Finanzamt zurück; denn die Mehrwertsteuer ist Bundessteuer und fließt also auch in den Verteidigungshaushalt – eine gute Aktion für Menschen ohne eigene direkte Lohnsteuerzahlung.

Variante 2: natürlich kann man auch länger sammeln und einen höheren Betrag zurückverlangen. *Wolfgang Steuer* 😊

Netto	Steuer	Brutto
15.97	1.12	17.09
		17.09

3,58 B  
 1,79 B  
 1,09 B  
 1,99 B  
 98 B  
 46,28  
 26,28  
 3,09  
 43,25  
 7% MwSt  
 Summe  
 \* EC  
 www.rewe.de

2. Auch Banken und Versicherungen lassen sich u.U. auf den Begriff 'Ethik' ansprechen. Bevor Sie Geld anlegen, fragen Sie doch einmal nach, an wen Ihre Bank Geld verleiht und verweigern Sie ihr die Anlage so lange, wie sie Rüstungs- u.a. inakzeptable Unternehmen als Kreditnehmer finanziert. Bei Versicherungen können Sie ähnlich vorgehen. Ein Beispiel finden Sie auf Seite 7.

*Wieland Walther*



3. Die Sammlung der Pro & Contra-Argumente auf der Internetseite beantwortet fast alle Fragen zum Friedenssteuer-Thema. Drucken Sie sie aus und geben Sie den Text Ihren Gesprächspartnern in die Hand. Wenn Sie die Argumente lieber als CD oder als Hörtext auf der Internetseite hätten – das wäre machbar. Wer kann uns bei der Erstellung helfen?

*Gertie Brammer*



4. Anfang Mai 2014 wird ein umfangreicher Leitfaden vorliegen, der bei der Beratung von Steuerverweigerungs-Willigen hilft. Wer hat Lust, SteuerberaterIn zu sein? Wir stehen Ihnen nötigenfalls zur Seite. Anmeldung und Vorbestellung sind schon jetzt möglich.

*Kurt Büttler* [K.Buettler@gmx.de](mailto:K.Buettler@gmx.de) oder Redaktion



5. Für die ehemaligen Kriegsdienstverweigerer ist mit der Aussetzung der Wehrpflicht doch nicht alles erledigt?! Wer hilft, sie auf die Militärsteuerweigerung anzusprechen - die ehemaligen KDV-Berater vielleicht? *Wolfgang Geffe* [wgeffe@gmx.de](mailto:wgeffe@gmx.de)



6. Wer bringt unser Anliegen in Schulungen zum freiwilligen Sozialen Jahr ein?

*Hannelore Morgenstern*



7. Jede/r kann auf Leserbriefreagen, welche unser Thema streifen oder gar decken. So kann man Sympathisanten finden, die vielleicht mit einsteigen.



8. Wir möchten in unserem Blog mit Menschen diskutieren, die Computer und Internet nutzen, möglichst aus aktuellem Anlass und nach kurzfristiger Ankündigung per Rundmail. Haben Sie Lust? Dann geben uns Sie bitte Ihre eMail-Adresse (sofern noch nicht geschehen).

*Friedrich Heilmann*



Alle Kontaktadressen finden Sie auf Seite 16.

Außerdem finden Sie in der beigelegten neuen Broschüre weitere Anregungen, mitzumachen. In der Broschüre auf Seite 4 oben sind vier Gesetzentwürfe in Sachen Militärsteuerzahlung gemeint, nicht ein Militärsteuergesetz.

Was muss unsererseits weiter passieren, damit Sie aktiv mitmachen – vielleicht nur eine Zeitlang? Wenn Sie unser Anliegen unterstützenswert finden, dann helfen Sie uns – und auch mir –, unser Ziel noch zu Lebzeiten zu erreichen.

*Hannelore Morgenstern-Przygoda, Köln*

## Graswurzel-Aktionen ++ Graswurzel-Aktionen ++ Graswurzel-Aktionen ++ Graswurzel-Aktionen

### 13,21 €- Aktion gegen Beschaffung von Drohnen durch Deutschland

Das Netzwerk Friedenssteuer schließt sich dem Protest gegen die Beschaffung weiterer militärischer Drohnen an ([www.drohnen-kampagne.de](http://www.drohnen-kampagne.de)) und beschreibt hier eine gangbare Möglichkeit, den persönlichen finanziellen Beitrag – wenigstens symbolisch – zu verweigern. In Erklärungen an unsere Finanzämter werden wir unseren Protest ausdrücken gegenüber der Behörde, die gegen unseren Willen und Gewissen von uns allen die Mittel für die Finanzierung dieser Ausgaben einreibt.



Mit freundlicher Genehmigung von Horst Haitzinger

Das Einbehalten eines Anteils fälliger Steuern kann später angerechnet oder einbehalten, ggf. mit einer Mahngebühr belegt werden, muss aber nicht (steht im Ermessen des Finanzamtes).

Wir drücken unseren Protest mit folgendem Text aus (bitte im 4. Absatz anpassen: a. Steuerart und b. ob Sie einbehalten oder zurückfordern):

#### MUSTER-TEXT

(Anrede)

Es belastet mein Gewissen als Pazifistin und Steuerzahlerin, dass von meinen Steuerzahlungen die Entwicklung und der Erwerb von Überwachungs- und Kampf-Drohnen finanziert werden. Die Bundesrepublik hat alleine schon bis Ende Mai 2013 laut offiziellen Angaben 668 Millionen Euro<sup>1</sup> für die Entwicklung der militärischen Aufklärungsdrohne Euro Hawk ausgegeben – das sind ca. 8,30 € pro BundesbürgerIn<sup>2</sup>. Das halte ich für einen Missbrauch von Steuergeldern, die damit für soziale und zivile Aufgaben fehlen, z. B. die Ausbildung von zivilen Friedenskräften. Diese Ausgaben sind verloren. Gleiches gilt für die anderen, schon im Besitz der Bundeswehr befindlichen und eingesetzten Drohnen, für die darüber hinaus noch weitere 1.852 Millionen Euro ausgegeben worden sind<sup>3</sup>, was weiteren 23,00 € pro BundesbürgerIn entspricht.

Aber mehr noch: Die Bundesregierung wird im Rahmen der NATO weitere Steuergelder in Höhe von mindestens 1.063 Millionen Euro<sup>4</sup> für den Kauf von militärischen Drohnen ausgeben – das sind ca. 13,21 € pro BundesbürgerIn – und weitere Ausgaben für „europäische Überwachungs- und Kampfdrohnen“ sollen auf dem EU-Gipfel kurz vor Weihnachten 2013 noch dazukommen!

Ich behalte deshalb den Betrag von 13,21 Euro von meiner Kfz-Steuer / Einkommensteuer zurück (oder: Ich beantrage deshalb die Rücküberweisung von 13,21 Euro), bis die Bundesregierung bereit ist, nicht in dieses noch grausamere, Konflikte anheizende Instrument zur Kriegsführung zu investieren. Stattdessen werde ich diesen Betrag einer gewaltfrei arbeitenden, gemeinnützigen zivilen Organisation spenden.

(Unterschrift und ggf. Kontonummer)

1 Siehe Bundestagsdrucksache 17/14650 vom 2.9.2013 „Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses als 2. Untersuchungsausschuss zum Drohnenprojekt Euro Hawk vom 2.9.2013“

<http://www.tagesschau.de/inland/lammert208.html> und <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714650.pdf>

2 Einwohner Deutschlands am 31.12.2012: 80,523 Mio. (Statistisches Bundesamt)

3 Addition der Einzelangaben aus der Bundestagsdrucksache 17/14436 „Abstürze von Drohnen“

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/144/1714436.pdf>

4 Siehe Bundestagsdrucksache 17/14571 vom 15.8.2013 „Deutsche Beteiligung am NATO-Programm

'Alliance Ground Surveillance'“ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/145/1714571.pdf>

Wir hoffen durch die Veröffentlichung unserer Formulierung denjenigen Hilfe zu leisten, die unser Interesse teilen und einen Weg suchen, die Stimme gegen diesen Skandal zu erheben.

Wir bitten alle, die so oder ähnlich ihrem Finanzamt schreiben, um eine kurze Mitteilung an:

[christel.spenn@web.de](mailto:christel.spenn@web.de) (Hugenottenstr. 3, 39124 Magdeburg) mit Betreff ‚Drohnenprotest‘ zwecks Übersicht über die Verbreitung dieser Aktion.

Wolfgang Steuer, Trossingen

## Banken-Aktionen ++ Versicherungen-Aktionen ++ Banken-Aktionen ++ Versicherungen-Aktionen

*Auch Banken und Versicherungen lassen sich u.U. auf den Begriff 'Ethik' ansprechen. Bevor Sie Geld anlegen, fragen Sie doch einmal nach, an wen Ihre Bank Geld verleiht und verweigern Sie ihr die Anlage so lange, wie sie Rüstungs- u.a. inakzeptable Unternehmen als Kreditnehmer finanziert. Es gibt schon längst Banken, welche diese Unternehmen nicht mehr führen oder gar nie geführt haben. Die Versicherungen hinken hinterher...*

## Finanzämter, Banken und Versicherungen - persönliche Erfahrungen von Wieland Walther

In den 80er Jahren wurde ich durch Gespräche im Freundeskreis, z.T. Mitglieder der Friedenssteuer-Initiative, aufmerksam auf die Bedeutung von Geld und Steuern für den Frieden. Als ich 1991 erfuhr, dass sich Deutschland mit 18 Mrd. DM am Golfkrieg beteiligte, beantragte ich beim Finanzamt eine Umwidmung des Militärsteueranteils. Ich bat, den entsprechenden Betrag an Brot für die Welt, Misereor oder die Christoffel-Blinden-Mission überweisen zu dürfen. Diesen Hilfswerken fühlte ich mich nach einem früheren, sehr interessanten Tansania-Aufenthalt verbunden. Nach viel Hin und Her kam es erwartungsgemäß zum Prozess vor dem Baden-Württembergischen Finanzgericht. Die damit verbundenen Gespräche verbuchte ich trotz der schmerzlichen Ablehnung meines Wunsches als Beitrag zur Bewusstseinsbildung.

Als mir klar wurde, wie sehr wir mit unserem Geld überall in Frieden-schädigenden Aktivitäten verstrickt sind, begann ich, nach einer sauberen Bank zu suchen und wurde auf die GLS\* mit ihrem sehr offenen und ethisch einwandfreien Vorgehen aufmerksam. Da kann man sicher sein, dass kein Geld in Rüstung, Land-Grabbing oder andere lebensschädigende Vorhaben geht.

Beim Überlegen, wo wir es mit den größten Geld-Summen zu tun haben, war sehr bald deutlich: Da sind ganz besonders die Versicherungen zu nennen. So schrieb ich 1998 an "meine" Rentenversicherung, die Tübinger Versorgungsanstalt, in der die ganze Ärzteschaft des Landes Baden-Württemberg pflichtversichert ist. Ich fragte nach den Kriterien, unter welchen dort die Gelder angelegt sind. In der Antwort wurde auf die Richtlinien der Vertreterversammlung verwiesen. Und danach ist "das Vermögen der Versorgungsanstalt so anzulegen, dass möglichst große Sicherheit und Rentabilität (....) erreicht wird. (....) Berücksichtigung ethischer und ökologischer Gesichtspunkte findet nicht statt (....)." Die entsprechende Anfrage an das Leitungsgremium führte dazu, dass sich der Verwaltungsrat damit befass-

te. Ergebnis: "(....) dass weltanschauliche Gesichtspunkte bei der Vermögensanlage (....) keine Rolle spielen dürfen." (Zitat aus: 56. Versorgungsbrief, Juni 2007).

Über Freunde gelang es dann, diese Frage vor dem Deutschen Ärztetag erörtern zu lassen. Ergebnis: "Der 113. Deutsche Ärztetag fordert die Versorgungsanstalten für Ärzte in den jeweiligen Ländern auf, Investitionen zur Absicherung des Deckungsstockes unter ethischen Gesichtspunkten vorzunehmen." (Deutsches Ärzteblatt vom 21.5.2010, Seite A882).

Bei einer neuerlichen Nachfrage in Tübingen, wie mit dem Ärztetagbeschluss umgegangen würde, hieß es: "Der Verwaltungsrat hat des Weiteren über den Beschluss des 113. Deutschen Ärztetages erneut debattiert. Im Ergebnis dieser Debatten wurde jedoch gewünscht, auf die explizite Berücksichtigung ethischer Gesichtspunkte in den Anlagerichtlinien zu verzichten".

Leider hat die Ärztekammer kein entsprechendes Weisungsrecht gegenüber den Versorgungswerken, und es ist nicht leicht, in der Kollegenschaft eine Mehrheit zu finden, die sich gegen die engen wirtschaftlichen Interessen im Sinne ethisch vertretbaren Verhaltens einsetzt. Vielleicht finden sich ja bei den LeserInnen der *Friedenssteuer Nachrichten* KollegInnen, die selbst in dieser Sache aktiv werden und sich an ihr Versorgungswerk wenden, eventuell auch über zuständige Gremien und erneut auch über Ärztekammern. Entsprechendes kann natürlich auch bei anderen Versicherungen nachgefragt werden. Erster Schritt sollte bestimmt die eigene Wahl einer ‚sauberen‘ Bank sein. Aber dies zu erwähnen, ist bestimmt überflüssig bei unserer Leserschaft. Es würde mich sehr interessieren zu erfahren, wie andere Versorgungswerke auf entsprechende Anfragen reagieren.

*Wieland Walther, Kirchzarten*

*Auch das Netzwerk Friedenssteuer-Konto ist bei der GLS-Bank.*

## **MSV-Aktion ++ MSV-Aktion ++ MSV-Aktion ++ MSV-Aktion ++ MSV-Aktion ++ MSV-Aktion ++ MSV-**

*Militärsteuerverweigerung bis zur letzten Instanz zu gehen – das ist schon ein größere Aktion. Immer wieder finden sich trotzdem Menschen, die diesen Weg gehen wollen / müssen.*

### **Militärsteuerverweigerung – persönliche Erfahrungen von Gertrud Nehls**

#### **Begründung meines Stundungsantrags vom 12. 09. 2013**

Die Erinnerungen an den zweiten Weltkrieg und die Jahre nach 1945 bestimmen noch heute mein Leben. In der Ausbildung als Krankenschwester habe ich nach ca. 15 Jahren Kriegsoffer gesehen, die noch immer intensive Therapie brauchten! NIE WIEDER KRIEG wurde mir von Betroffenen eingepreßt und anschaulich gemacht.

Später habe ich mich in der 3. Weltbewegung engagiert und Folgen von Kriegen von Betroffenen gesehen und beschrieben bekommen. Bei amnesty international wurde ich viele Jahre über Kriege in Afrika informiert und habe schwere Schicksale, verursacht durch Krieg, kennen gelernt.

Folgerichtig haben wir mit Hilfe der Flüchtlingsberatung beim Diakonischen Werk einen "Verein zur Förderung der Flüchtlingsarbeit" gegründet, dessen Vorsitz ich übernommen habe. Als Übersetzerin bei der psychotherapeutischen Stelle im Diakonischen Werk bin ich zur Einsicht gekommen, dass nur Friedenserziehung zum Überleben der Menschheit verhelfen kann.

#### **Waffen, die Trinkwasser vergiften und Umwelt zerstören**

1991 habe ich von einem Mitglied des jordanischen IPPNW zum ersten Mal vom Einsatz von DU (depleted Uranium) im Irak gehört. Als ich 2005 in Bagdad war, habe ich einen Bunker gesehen: mit DU war er zerstört worden, als viele Zivilisten sich vor den Angriffen schützen wollten. Da DU sich bei Reibung entzündet und ca. 5000 Grad entwickelt, ist von all den Menschen nichts übrig geblieben. In der Leukämie-Kinderstation lagen mehrere kleine Kinder quer auf einem Bett; ihr Leid, und das ihrer Familien, ist nicht zu beschreiben!

In vielen Ländern (Afghanistan, Libanon, Libyen, Gaza usw.) wurde dieses Abfallprodukt von abgereichertem Uran angewandt, so auch im ehemaligen Jugoslawien, einem Krieg an dem Deutschland beteiligt war. 2001 wurde im Bundestag das DU-Thema folgenlos diskutiert. Diese Kriege werden, außer mit Bomben und Drohnen, auch mit Waffen geführt, die durch ihre toxischen und Gen-schädigenden Auswirkung zugleich als Krieg gegen die nächsten Generationen zu verstehen sind.

Auch bei uns werden solche Waffen gelagert. Zum Beispiel ist am 1. 4. 2011 ein Flugzeug mit ca. 1000 Schuss scharfer Munition, die für Libyen bestimmt war, bei Bernkastel in der Eifel abgestürzt. Bisher ist DU von der Bundesrepublik nicht geächtet.

#### **Waffen werden zum Töten produziert.**

Energie- und Ressourcenverbrauch für Waffenherstellung und Kriegsführung tragen zur globalen Ressourcensuche bei. Die Lobby der Waffenhersteller hat großen Einfluss auf die bundesdeutsche Politik und nur wenige Politiker entscheiden über finanzielle Ausrüstung und Einsätze des Militärs. Nicht in meinem Namen!

Waffenproduktion führt zu Ausbeutung und hohem Energieverbrauch. Sie verursacht Gier und neue Kriege in Ressourcen-reichen Ländern.

Die Umweltzerstörung in Testgeländen in Deutschland, wie der Geisterstadt Schnöggersburg bei Magdeburg, wird mit unseren Steuern finanziert. Auf Sardinien gibt es ein Waffen-Testgelände der EU; so wurde auch mit deutschen Steuern ein großer Teil dieser Insel verseucht und für Menschen und Tiere unbewohnbar, einschließlich der Trinkwasserverschmutzung.\*

#### **Ausbildung in bundesdeutschen militärischen Führungsakademien.**

Nicht nur deutsche Bundesbürger, wie der ehemalige Oberst Klein, der inzwischen zum General befördert wurde, erhalten an diesen, auch von meinen Steuern finanzierten Hochschulen, ihre Ausbildung! Aus vielen Staaten, auch destabilisierten Ländern, können Soldaten hier ausgefeilte Technologien des modernen Tötens studieren. Von Deutschland aus wurde dieses Wissen in Kongo neun Jahre lang skrupellos angewandt.\*\*

<sup>\*)</sup> Deutschlandfunk: 2011 Das Quirra Syndrom, [www.helenjaccard.wordpress.com/2012](http://www.helenjaccard.wordpress.com/2012)

<sup>\*\*)</sup> Quelle: Markus Frenzel, Leichen im Keller, dtv



## Nicht in meinem Namen!

Die Zahlung meiner Steuern schafft mir Gewissensnöte: Ich finanziere Umweltzerstörung, Rüstungsexporte (z.B. U-Boote nach Israel), Militär und Kriege, einschließlich der Ausbildung zum Töten mit!

Mit meinem Einspruch berufe ich mich auf das Grundrecht der Gewissensfreiheit nach Art.4 Abs.1 GG. So wie früher Kriegsdienst verweigert werden konnte, möchte ich meine Steuern also nur für zivile Zwecke mit besonderer Berücksichtigung der Friedenserziehung in Schulen und für alle Minderjährigen verwandt wissen. Ich bin bereit, gestundete Steuern als Sicherheitsleistung bei Ihnen gemäß AO § 241 (1) 1 zu hinterlegen, bis das Bundesverfassungsgericht seinen Nichtannahmebeschluss einer Verfassungsbeschwerde revidiert, sich mit dem Dilemma der staatlichen Gewaltanwendung befasst, und dem demokratischen Anspruch der bundesdeutschen Bürger gerecht wird. Von der Entscheidung für oder gegen Gewalt sind durch die moderne Waffentechnologie und Militärindustrie auch alle zukünftigen Generationen betroffen!

Mit freundlichen Grüßen

*Gertrud Nehls, Hagen*

## "Entwöhnung"

Ich soll nicht morden

Ich soll nicht verraten

Das weiß ich

Ich muss nur noch ein Drittes lernen:

Ich soll mich nicht gewöhnen

Denn, wenn ich mich gewöhne,  
verrate ich die, die sich nicht gewöhnen  
an das Verraten

und an das Morden

und an das Sich-Gewöhnen

Wenn ich mich auch nur an den Anfang  
gewöhne

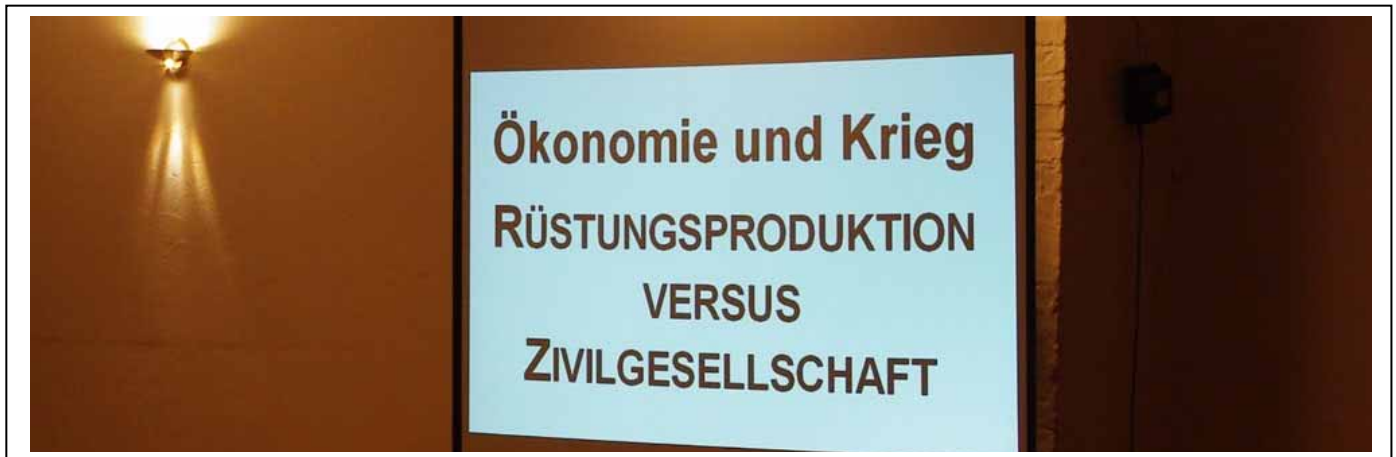
fange ich an, mich an das Ende zu  
gewöhnen

Erich Fried

(c) Aus dem Band: „Zur Zeit und zur Unzeit“,

Mit freundlicher Genehmigung von:

Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, 2001



## Wahlkampfprüfsteine

Einige Friedenssteuer-Leute haben versucht, während der Wahlkampfzeit an die Öffentlichkeit zu treten. Sie legten 19 BundestagskandidatInnen folgende vier Wahlprüfsteine vor:

	JA	NEIN	evtl.
1. Ist Ihnen bekannt, dass es in Deutschland Menschen gibt die nicht bereit sind, Rüstung und Militär durch ihre Steuerzahlung mitzufinanzieren?	10	8	1
2. Kennen Sie den Entwurf eines 'Zivilsteuergesetzes', der vom Netzwerk Friedenssteuer stammt?	5	14	-
3. Wären Sie bereit, eine gesetzliche Regelung zu unterstützen, die eine alternative, rein zivile Steuerzahlung ermöglicht?	5	12	2
4. Wären Sie bereit, dies in Ihrer Partei voranzubringen, vielleicht sogar im Falle Ihrer Wahl in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe mitzuarbeiten?	6	11	2

Natürlich sind das keine Zahlen, die gültige Aussagen erlauben. Die hätten wir gehabt, wenn diese Aktion in fast allen Wahlkreisen stattgefunden hätte. Das wäre dann eine recht große Aktion geworden (vielleicht in 2017?!). Trotzdem: wenn von 19 Befragten 5 unseren Gesetzentwurf kennen und 6 (eventuell 8) bereit wären, mitzuwirken – und wenn das nicht reine Wahlkampf-Nettigkeiten waren - dann könnte man fast wieder Hoffnung bekommen.

## Große Aktionen ++ Langzeitprojekte ++ Große Aktionen ++ Langzeitprojekte ++ Große Aktionen

### Wir brauchen Zeit – und Leute

*Große Aktionen – da sind wir im Moment sehr zurückhaltend, weil wir einfach zu wenig Leute sind. Bis wir mehr sind, bis wir genügend sind, können wir aber vorbereiten (Lobbyarbeit in der Politik), studieren, wie wir die grundfalsche Auslegung von Härtefällen durch die Finanzbehörden endlich 'knacken' können (Militärsteuerverweigerung), und dranbleiben, wo sich etwas doch bewegt (Lobbyarbeit in der Kirche).*

#### 1) Lobbyarbeit in der Politik

Lobbyarbeit, wie in der letzten Regierungsperiode betrieben, war sehr zeitaufwendig und brachte nicht die 35 Abgeordneten, die es für eine Behandlung unseres Zivilsteuergesetzes im Bundestag braucht. Zudem sind einige vom Sekretariat, welches die Abgeordnetenbüros kontaktierte, aus Alters-, Gesundheits- oder Arbeitsgründen jetzt nicht mehr dort tätig. Ein Herzenswunsch unseres langjährigen Lobbyisten, Friedrich Heilmann, ist, dass die Lobbyarbeit zwei KollegInnen weiter führen – oder stärker: es ist eine *Bedingung* für eine fruchtbare Weiterarbeit.

Also gut – wir bereiten die nächste Lobbyrunde besser vor und dehnen sie gleich über zwei Regierungsperioden aus, damit wir nicht jedes Mal wieder von vorne anfangen müssen. Abgewählte Abgeordnete, die uns unterstützten, wirken in ihren Parteien weiter, wenn wir den Kontakt aufrecht erhalten. Neue Abgeordnete fallen nicht vom Himmel – sie kommen aus den Parteien. Dann müssen wir auf die Parteien zugehen, nicht nur auf die Abgeordneten.

Dafür brauchen wir viele, viele Mitwirkende:

- Mindestens zwei Menschen pro Fraktion, um dort interessierte Mitglieder und Abgeordnete zu finden.
- Jede Menge Menschen, die bei Versammlungen von Orts-, Kreis- und Landesverbänden der Parteien über unser Thema informieren. Redebeiträge anbieten. Sympathisanten finden und warm halten, besonders auf deren 'Weg nach oben'.
- Und also mindestens zwei Menschen in Großraum Berlin, die es als interessante Herausforderung empfinden, mit den Bundestagsabgeordneten zu sprechen.

Es muss eine sehr große Aktion werden, und wir fangen erst an, wenn sich genügend Mitarbeitende gefunden hat. Lieber länger vorbereiten, als gleich loslegen mit zu wenigen KollegInnen - die einen starken Willen und einen langen Atem brauchen. Was wir bieten können: viel Erfahrung und gute Einarbeitung. Für **Hartgesottene!**

Unsere Idee ist, uns bis September 2014 vorzubereiten; dann könnte es losgehen. Bitte anmelden bei Wolfgang Steuer oder Gertie Brammer.

#### 2) Militärsteuerverweigerung

Die Finanzamt-Aktion, die drei Jahre lief (2011/12/13), brachte es auf insgesamt 98 TeilnehmerInnen. Nur drei gingen nach dem ersten Schritt (Absage durch das Finanzamt) den Weg weiter bis zum Finanzgericht, um dort zu scheitern. Die Verfassungsklage von zehn unserer Aktiven wurde von Karlsruhe – wieder einmal – nicht zur Behandlung angenommen. Das war alles zu 99% vorhersehbar. Und wir geben die Hoffnung auch nicht auf, dass wir in Zukunft doch endlich einen Menschen beim Finanzamt oder Gericht finden, der das Grundgesetz und die Grund- und Menschenrechte richtig versteht.

Gelernt haben wir schon einiges aus dieser Aktion, und es liegt im Mai 2014 ein ausführlicher Beratungskatalog für die nächste Widerstandsgeneration vor. Wenn 9.800 Leute klagen, käme das der kritischen Masse näher – und da muss es hin.

### Einladung zu unserer Jahrestagung vom 4. - 6. April 2014 in Imshausen bei Bebra

Wir sind Gäste im Tagungshaus der Adam-von-Trott-Stiftung.

Am Freitagabend treffen wir dort weitere Gäste: die TeilnehmerInnen am *Imshäuser Gespräch*.

Gemeinsam lauschen wir einem Gast-Referat von Tilman Evers (Vorstand *Ziviler Friedensdienst*) zum Thema „Ist der Pazifismus noch zu retten?“ mit Bezugnahme auf unser Zivilsteuergesetz.

Am Samstag wird Tilman Evers uns zur weiteren Vertiefung des Themas zur Verfügung stehen und wir bleiben bestimmt nicht in der Theorie hängen.

**Große Aktionen ++ Langzeitprojekte ++ Große Aktionen ++ Langzeitprojekte ++ Große Aktionen****3) Lobbyarbeit in den Kirchen**

*Nach unserer positiven Meldung vom Studientag in Hofgeismar (FN49) können wir hier von zwei weiteren Kirchentüren berichten, die sich mehr geöffnet haben. Die eine knirscht noch etwas (Landeskirche Bayern), die andere geht schon gerne auf (Badische Landeskirche). Hinter beiden geht die Bewegung weiter, wenn wir dranbleiben. Beim Ökumenischen Rat der Kirchen / ÖRK sieht es eher enttäuschend aus.*

**a) Gespräch mit dem bayerischen Landesbischof am 2. 10. 2013 in München****Thema: Unterstützung der Kirche für Kriegssteuerverweigernde aus Gewissens-gründen und zur Einführung eines Zivilsteuergesetzes.**

An dem lange geplanten Gespräch mit Landesbischof Bedford-Strohm nahm vom Landeskirchenamt außerdem teil: Kirchenrat Dr. Koch (Planungsreferat); von Initiativkreis Frieden & Netzwerk Friedenssteuer: Kurt Büttler, Lina Hoffmann, Sigi Laugsch, Siegfried Parche, Herbert Römpp, Dr. Joachim Schneider (pax christi) und der Synodale der bayerischen Landeskirche Prof. Dr. Gottlieb Leha.

In freundlicher Atmosphäre und großer Hörbereitschaft auf beiden Seiten kam man zügig zur Sache. Der Bischof bekannte sich zu seiner Mitgründung des *Netzwerk Friedenssteuer*. Inzwischen sehe er aber andere Möglichkeiten (die er nicht nannte), um zur Überwindung von Gewalt beizutragen als über eine Änderung im Steuerrecht. Zu groß scheine ihm die Gefahr des Missbrauchs, z.B. durch Abtreibungsgegner.

Sigi Laugsch berichtete von seiner langjährigen Tätigkeit als Berater für Wehrdienstverweigerer. Er bemängelte die fehlende Unterstützung unserer Kirche für Menschen, die Gewissensprobleme haben, mit ihren Steuern Krieg und Militär zu finanzieren.

Fachkundige Infos zum Zivilsteuergesetz, deren juristische Vereinbarkeit und verwaltungstechnische Machbarkeit, wurden von Kurt Büttler überzeugend dargebracht. Ein Entwurf des Zivilsteuergesetzes wurde dem Bischof überreicht.

Joachim Schneider überreichte einen Auszug aus "Gewaltfreie Kommunikation - eine Sprache des Lebens" von Dr. Marshall Rosenberg, der zwischen schützender und bestrafender Anwendung von Gewalt unterscheidet; letztere erhöhe die Wahrscheinlichkeit zur Konflikteskalation. Schneider betonte das prophetische Zeichen, das von Friedenssteuerprozessen durch Medienberichte

verstärkt werde; es müsse offen bleiben, welcher Weg letztlich dem Frieden am meisten diene. Darum plädierte er eindringlich für mehr Unterstützung von kirchlicher Seite.

Siegfried Parche fragte den Landesbischof nach seiner Einschätzung zur Möglichkeit eines Friedens-Schwerpunktes auf einer der nächsten bayerischen Landessynoden. Prof. Leha verstärkte diesen Wunsch und drückte seine Enttäuschung darüber aus, wie die Landessynode bei ihrer Herbsttagung 2012 in Hof mit dem von mehr als 500 engagierten Kirchenleuten unterschriebenen Antrag zum Thema Militärsteuerverweigerung umgegangen war. Besonders die zunächst zur Abstimmung vorgelegte lapidare Begründung der Ablehnung des Antrags habe er als beschämend empfunden; ein dankenswerter persönlicher Einsatz des Landesbischofs habe die Formulierung der Ablehnungs-Begründung allerdings etwas erträglicher gemacht.

Bischof Bedford-Strohm konnte hier natürlich nicht für die Synode bzw. deren Leitung sprechen, war aber sehr zuversichtlich, dass die Diskussion über den Friedens-ethischen Standpunkt unserer Kirche Thema in einer der nächsten Synoden sein wird. Er werde sich auch auf der vom 30. 10. bis 8. 11. 2013 in Busan (Süd-Korea) stattfindenden Vollversammlung des ÖRK in Busan für die Ablehnung von Militärmissionen einsetzen<sup>\*)</sup>. Er befürworte stattdessen eine internationale Polizeitruppe mit UNO-Auftrag und -Kontrolle.

Das Gespräch wurde von allen Beteiligten sehr engagiert geführt. Es bleibt zu hoffen, dass der Dialog mit der Landeskirche fruchtbar weitergeführt wird.

*Herbert Römpp, Hilpoltstein  
Lina Hoffmann, Nürnberg*

<sup>\*)</sup> Über die Ergebnisse von 'Busan' schreibt Michael Held auf Seite 12 Punkt c).

*Die Badische Landeskirche ist da schon ein Stück weiter; sie formulierte am 24. 10. 2013 konkrete Beschlüsse, die in unserem Sinne sind. Der Ton ist im Ganzen sehr positiv und offen.*

## b) Beschlüsse der badischen Landeskirche vom 24. 10. 2013

*Wir geben hier nur die für unser Thema wichtigsten Beschlüsse wieder; den vollständigen Text bekommen Sie bei der Ev. Landeskirche in Baden.*

Hierzu verpflichtet sich die Landessynode, selber aktiv zu werden:

- mindestens einmal im Laufe einer Amtsperiode das Thema 'Frieden' auf ihre Tagesordnung zu setzen und zu prüfen, welche Schritte in der Landeskirche hin zu einem gerechten Frieden bisher gegangen wurde, was zu bestärken, was zu korrigieren und was neu auf den Weg zu bringen ist;
- Konfliktprävention und zivile Konfliktbearbeitung durch die Ausbildung von entsprechenden Fachleuten zu fördern; badische Friedensfachkräften in andere Länder zu entsenden; so wie den *Zivilen Friedensdienst/ZFD* zu unterstützen und sich mit ihm zu identifizieren;
- keine Gelder mehr in Unternehmen anzulegen, die in ethisch bedenklichen Bereichen tätig sind (z.B. Rüstung);
- alle ihren Bildungseinrichtungen anzuweisen, 'aktive gewaltfreie Konfliktbewältigung' und 'Möglichkeiten und Methoden der Friedensarbeit' als verbindliche Bildungsinhalte aufzunehmen;
- die MitarbeiterInnen aller Ebenen der Landeskirchen, so wie alle Kirchenmitglieder dazu aufzufordern, in diesem Sinne mitzuwirken;
- Regierung und Bundestag aufzufordern, mittelfristig<sup>1</sup> den Export von Kriegswaffen einzustellen;
- auf allen Gesprächsebenen mit PolitikerInnen auf Verwirklichung zu dringen.

Sie bittet alle anderen Landeskirchen so wie den Ev. Oberkirchenrat /EOK,

- sich dafür einzusetzen, dass das Gespräch über das Friedensthema vertieft weitergeführt wird und die Denkschrift von 2007 hin zu einer eindeutigeren Option für Gewaltfreiheit im Sinne des umfassenderen Verständnisses des gerechten Friedens<sup>2</sup> weiter entwickelt wird.

Desweiteren bittet sie den EOK,

- in Gesprächen mit Politikern kritisch auf die Einseitigkeit militärischer Optionen hinzuweisen; Auslandseinsätze der Bundeswehr zu hinterfragen, und die Umsetzung von gewaltfreien Instrumente der Prävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung zu fordern;
- zu überprüfen, inwieweit Kirchensteuermittel direkt zur Linderung von durch Kriegswaffen entstandener Not eingesetzt werden, bzw. werden können;
- bis zur Frühjahrstagung 2014 der Landessynode Vorschläge für neue friedenspädagogische Angebote vorzulegen;
- eine Beauftragung der Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft /FEST mit einem Forschungsprojekt 'Gerechte Politik' zu prüfen. Thema: Ob und wie in zwischenstaatlichen Konflikten militärische Gewalt immer mehr durch polizeiliche Zwangsmaßnahmen ersetzt werden kann.

### **Und, sehr schön:**

- EOK so wie Synodale mögen ein Szenario zum mittelfristigen<sup>1</sup> Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung entwerfen und dieses Anliegen in der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) einbringen.

<sup>1</sup>) Aber was heißt hier 'mittelfristig'?

<sup>2</sup>) siehe Artikel von Michael Held unten

*Leider führte der Einsatz von Bischof Bedford-Strohm bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Busan nicht zu dem erhofften Ergebnis. Lesen Sie den Kommentar von Michael Held zu der in Busan verabschiedeten „Erklärung über den Weg zum gerechten Frieden“ (die ihm in noch nicht autorisierter deutscher Übersetzung vorlag).*

## c) Busan – und was nun?

Was ist neu – gegenüber früheren Erklärungen und Beschlüssen ökumenischer Versammlungen zum Thema Krieg und Frieden?

- Das zum ‚Frieden‘ hinzugewonnene Adjektiv ‚gerecht‘ eröffnet eine ganze Palette von Gründen und Bedingungen für nachhaltigen Frieden, die nun tatsächlich wahrgenommen werden: Ökologische Gerechtigkeit (Klimagerechtigkeit), soziale Gerechtigkeit, ökonomische Gerechtigkeit und politische Gerechtigkeit. Das sind alles Dimensionen des Schalom-Friedens, der uns aufgetragen und zugesagt ist. Zum Glück taucht hier in den ökumenischen Texten die juristische Gerechtigkeit nicht mehr auf, die in der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 eine so große Rolle und Rechtfertigung für den Einsatz von Gewalt und Militär abgibt.

- Das heißt: Die Grundlage für eine Überwindung des Krieges als Instrument der Politik, wie der ÖNiD-Antrag zur IÖFK<sup>\*)</sup> 2011 in Kingston lautete, dort vom Tisch gewischt und 2013 in Busan wieder angemeldet wurde, wäre nun gegeben gewesen. Denn wer wirklich gerechten Frieden will – in den vorher genannten Dimensionen, und nicht nur hehre Forderungen aufstellt, der muss den Machtapparat beseitigen wollen, der die Besitzstandswahrung mit Militär aufrecht erhält und gerechten Frieden verhindert.
- Diese Chance ist in Busan nicht wahrgenommen worden. Man liest nur wieder die vollmundigen Formulierungen wie wir sie aus dem Ritual vieler vergangener Ökumenischen Versammlungen kennen, die folgenlos bleiben, solange die für einen nachhaltigen Frieden notwendigen Strukturen und Institutionen nicht beschlossen und eingerichtet werden.
- In den bisher stattgefundenen Busan-Auswertungen wurde mir dazu gesagt: es stünde ja nichts im Wege, dass die Mitgliedskirchen nun diese Strukturen und Institutionen schaffen. Das ist aber nichts wie eine Ausrede, denn die Institution des Krieges als Instrument der internationalen Politik zu überwinden kann nicht von vereinzelt Kirchen und Gemeinden geleistet werden, sondern nur von einer globalen Kirche (d.h. zusammen mit der kath. Kirche!) in gemeinsamem Vorgehen mit NROs und UNO gegenüber der Macht-Politik. Das heißt, es braucht den Umsetzungs-Beschluss einer Weltversammlung der Kirchen. Und diese Gelegenheit ist wieder für 8 Jahre weg.
- Es ist den Beteiligten in der Vorbereitung und Durchführung von 'Busan' völlig klar gewesen, was hier auf dem Spiel stand. Es ist ganz klar, dass sie es nicht wollten. Das nenne ich unterlassene Hilfeleistung. Das Morden im Interesse von mächtigen Staaten und von mit kapitalistischen und sozialistischen Waffen versorgten warlords geht weiter.
- Wenn man weiß, dass die deutschen Bischöfe Schindehütte (Ökumene-Bischof der EKD) und Bedford-Strohm (Bayrischer Landesbischof), die beide das Debakel in Kingston miterlebt haben, bei der Formulierung dieses Busan-Beschlusses federführend beteiligt waren – eine das Gewissen tief verletzende Enttäuschung!

*Michael Held, Bad Hersfeld*

<sup>\*)</sup> ÖNiD = Ökumenisches Netz in Deutschland, IÖFK = Internationale Ökumenische Friedenskonferenz, siehe auch Berichte in den *Friedenssteuer Nachrichten* 43, 44 und 46

*Von Aufgeben kann aber auch hier nicht die Rede sein. Michael Held ist – auch als Vertreter unseres Netzwerkes - Mitorganisator der*

#### **d) Basisversammlung des Ökumenischen Netzes in Deutschland/ÖNiD vom 30. April bis 4. Mai 2014 in Mainz.**

##### **„Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung“**

Unter diesem Motto erörtern und diskutieren wir Antworten auf die Klima-, Finanz- und Rohstoffkrise.

Das ganze Leben wird zunehmend weltweit von einer zerstörerischen Konkurrenz und Marktideologie beherrscht, die zu Staatsreligionen geworden sind. Technologische Hochrüstung und militärische Konfliktlösungen etablieren sich und zehren die vorhandenen Ressourcen zur Bekämpfung der Armut und des Klimawandels und zur Förderung ziviler Konfliktbearbeitung auf.

'Ökumenische Versammlungen im Konziliaren Prozess' sind seit vielen Jahrzehnten immer wieder Anlass und Vorbild für gesellschaftspolitische Veränderungen gewesen. Der westliche Kapitalismus ist inzwischen genauso reif einzupacken wie 1988/89 der sog. Staatssozialismus. Das verlockende Vorbild der Ökumenischen Versammlungen Vancouver (1983), Basel (1989), Seoul (1990), Dresden-Magdeburg-Dresden (1988/89) reizt uns, wieder an die Öffentlichkeit zu gehen und breit einzuladen.

Eine der Antworten stammt aus dem Kontext lateinamerikanischer indigener Kulturen: Buen Vivir ('Gutes Zusammenleben'), das wir kennenlernen und erleben wollen. Neben Vorträgen (Leonardo Boff, Ulrich Duchrow, Geiko Müller-Fahrenholz, Konrad Raiser Nico Paech, Andreas Zumach u.a.) werden Workshops, Podiumsdiskussionen und open space -Gruppen stattfinden, die zur Weiterarbeit in den Regionen und Nachbarschaften anregen.

Wir laden alle zur aktiven Teilnahme ein.

Wer Interesse hat, bei einem Workshop zur Friedenssteuer mitzuwirken oder daran teilzunehmen: bitte bei der Reaktion melden.

Die Berliner Compagnie und die Band groupo sal (mit einem Sölle-Abend) werden auch dabei sein!!!

Weitere Information und Anmeldung: buero@oev2014.de, www.oev2014.de

*Michael Held, Mitglied im Vorbereitungskreis*



## Bericht über CPTI

Der Umzug des Sitzes von CPTI von Belgien nach England wurde im Vorstand seit längerem diskutiert. Dirk Panhuis als Einziger, der in Belgien den Zugang zu den Behörden hatte, auch auf Grund der Sprache, sollte entlastet werden. In London ließen sich jüngere, ebenfalls engagierte Aktive und eine breitere Unterstützung finden. Für einen Umzug nach England sprach zudem, dass es dort weniger Verwaltungsaufwand geben würde als in Belgien, und dass dann alles nur auf Englisch dokumentiert werden müsste.

Nach der Abstimmung in der Generalversammlung in Bogotá über eine Auflösung von CPTI in Belgien und Neugründung in England gab es Uneinigkeit über das Ergebnis; es wurde länger über die richtige Wertung der Stimmenthaltungen diskutiert. Die Mehrheit sah die Stimmenthaltungen nicht als Gegenstimmen an und betrachtete somit den Umzug nach London als beschlossen. Leider gibt es eine kleine Gruppe von 5 Personen, die das Ergebnis bis jetzt nicht anerkennen will, ohne dass sie dafür eine deutliche, nachvollziehbare Begründung gegeben hat.

Geschäftsführer vom 'neuen' CPTI ist Dietmar Czerny (D); weitere Vorstandsmitglieder blieben erst einmal Milena Romero (KOL), Roy Prockter und Robin Brooks (UK), und Naomi Paz Greenberg (USA). Kurz nach der Konferenz in Bogotá trat aber Naomi Paz Greenberg aus dem Vorstand zurück und kündigte zugleich ihre Mitgliedschaft aus dem 'neuen' CPTI. Daniel Jenkins wollte von vornherein nicht in den Vorstand von CPTI-England. Beide hatten den Umzug nach London abgelehnt. Bei der ersten Allgemeinen Mitgliederversammlung von CPTI-England muss der neue Vorstand gewählt werden. Vielleicht kann das bei der 15. Internationale Konferenz geschehen. Neue KandidatInnen sind willkommen!

Roy Prockter als neuer Sekretär von CPTI-England (Nachfolger von Dirk Panhuis) bekam von den verbliebenen Vorstandsmitgliedern den Auftrag, die neue Organisation CPTI als 'Ltd.' (Limited - Rechtsform mit beschränkter Haftung) zu gründen, was er im Mai 2013 erfolgreich getan hat. Anfang Dezember 2013 wurde die Gemeinnützigkeit anerkannt.

Mit der Auflösung von CPTI-Belgien wurde Dirk Panhuis als Liquidator von CPTI-Belgien beauftragt. Am 30. Juni 2013 meldete er die Auflösung durch die belgischen Behörden und die Übergabe der Kasse an CPTI-England.

Die weitere Arbeit ruht nun also auf den Schultern von Dietmar, Milena, Roy und Robin. Die CPTI-Internetseite ([www.cpti.ws](http://www.cpti.ws)) gibt nun den geänderten Vorstand und die neue Adresse an:

Conscience and Peace Tax International  
1 Oak Close  
Thorpe-le-Soken  
Clacton-on-Sea  
CO 16 OHU  
United Kingdom

Es müssen nun die bisherigen Mitglieder angefragt werden, ob sie als Mitglied neu aufgenommen werden möchten. Von Christophe Barbey (Schweiz) liegt ein Angebot vor, in Genf als Repräsentant für CPTI zu arbeiten, in Nachfolge von Derek Brett.

Zum Schluss will ich festhalten, dass die Zusammenarbeit im Vorstand immer schwieriger wurde, da mit Dan und Naomi kaum noch einvernehmliche Entscheidungen getroffen werden konnten. Dies führte dazu, dass Dirk, der eigentlich bis zur nächsten Vorstandswahl Mitglied hatte bleiben wollen, sich zurückzog. Dirk hat 19 Jahre lang die Arbeit von CPTI von Belgien aus sehr engagiert geleitet und koordiniert. Wir sind ihm alle sehr zu Dank verpflichtet.

*Dietmar Czerny, Feldkirchen-Westerham*

## Ricardo Esquivia, Kolumbien

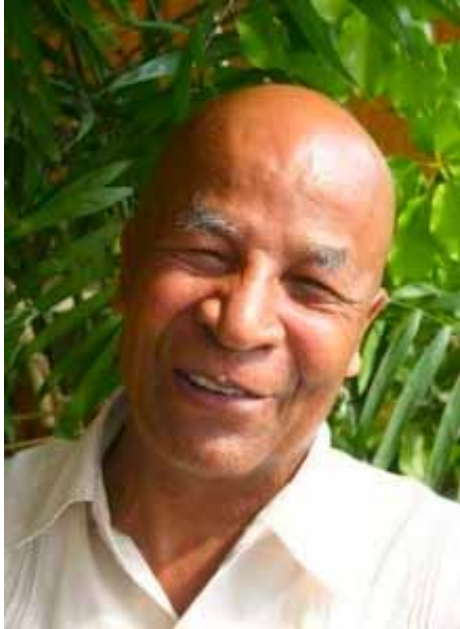
Wir machen uns Sorgen um unser langjähriges Mitglied in der Internationalen Koordinierungsgruppe für Militärsteuerweigerer, CPTI.

Ricardo ist seit gut 40 Jahren als Anwalt für Menschenrechte, als Vermittler in gewaltfreien Konfliktlösungen von Kommunen und als religiöser Leiter in Kolumbien engagiert.

Die *Commission for Restoration, Life and Peace of the Evangelical Council of Churches of Colombia (CEDECOL)* hat er mitbegründet und geleitet, ebenso *Justapaz*, das christliche Zentrum für Gerechtigkeit, Frieden und Gewaltlosigkeit der mennonitischen Kirche Kolumbiens.

Viele Jahre lang war er Repräsentant der nicht-katholischen Gruppen im *National Council for Peace*, welches auch den Präsidenten von Kolumbien berät.

2005 gründete er und leitet seitdem *SembrandoPaz* (Samen des Friedens säen) an der karibischen Küste im Nordosten Kolumbiens\*. Seine Arbeit und Engagement sind international anerkannt, wie dies durch Verleihung der Friedenspreise des *Tanenbaum-Centers for Interreligious Understanding*, bzw. des Internationalen Versöhnungsbundes zum Ausdruck kommt.



In CPTI hat er die Position der lateinamerikanischen Länder vertreten und auf der 14. Internationalen Konferenz für Militärsteuererweigerung im Februar dieses Jahres in Bogotá einen beeindruckenden Vortrag über Beispiele Gewissens-konformen Handelns gehalten.

Nun erfuhren wir im September, dass Ricardo Esquivia Todesdrohungen von der Paramilitär-Gruppe Los Urabenos in der Montes-de-Maria-Region zugestellt wurden. Diese behauptet, er sei Mitglied der FARC-Guerillabewegung. Aufgrund der gleichen unsinnigen Verdächtigung droht ihm eine Verhaftung. Falls es Kontakte mit einer Rebellengruppe gab, sind diese im Zusammenhang mit dem Schutz von Dorfleitern und dem Abwenden von Gewalt gegen ländliche Bevölkerung zu sehen. Ein Dorfleiter wird mit der gleichen Verdächtigung gefangen gehalten – ohne juristischen Beistand oder Kontakt zu seiner Familie.

Wer es möchte, kann gerne einen Brief an die Deutsche Botschaft in Kolumbien schreiben mit der Bitte, sich um den Schutz des Menschenrechtlers Ricardo Esquivia und die Freilassung von Jorge Luis Montes Hernández (Gemeindeleiter von El Carmen de Bolívar) zu bemühen.

*Dr. Wolfgang Steuer*

Adresse der deutschen Botschaft in Kolumbien:

Herrn Botschafter Günter Knieß, Torre Empresarial Pacific P.H., Calle 110 No. 9-25, 11.Stock, Bogotá D.C., Kolumbien; Fax 00 57-1-423 26 15, Mail: [info@bogota.diplo.de](mailto:info@bogota.diplo.de).

**Muster-Text** (es kann gern der obige Bericht mitgeschickt werden)

Sehr geehrter Herr Knieß,

Wir bitten Sie sehr herzlich, mit dem Vizepräsident Kolumbiens, dem Justizminister und dem Minister des Inneren Kontakt aufzunehmen und sie zu veranlassen,

- alle Drohungen gegen Ricardo Esquivia Ballestas, Direktor von Sembrandopaz, als auch gegen die Gemeindeleiter von El Carmen de Bolívar einschließlich Jorge Luis Montes Hernández öffentlich zu unterbinden,
- diese Drohungen zu untersuchen und gerichtlich zu verfolgen,
- Kontakt zu diesen Gemeindeleitern aufzunehmen und die Unversehrtheit und Freiheit dieser Menschen einschließlich Ricardo Esquivia Ballestas und Jorge Luis Montes Hernández zu gewährleisten,
- der Familie von Jorge Luis Montes Hernández Besuchsrecht zu gewähren und ihm Zugang zu einem Anwalt und zu Akten bezüglich seiner Anklage zu ermöglichen,
- und schließlich unbegründete und unhaltbare Anklagen und Verhaftungen von Gemeindeleitern – einschließlich Herrn J. Montes – zu untersuchen und zu beenden.

Wir haben Herrn Ricardo Esquivia Ballestas als vertrauenswürdigen und überzeugenden Mann erlebt – zuletzt im Februar dieses Jahres in Bogotá – der seit vielen Jahren dem Frieden und Wohlergehen seines Landes dient.

Wir sind Ihnen sehr verbunden, wenn Sie die notwendigen Schritte einleiten würden. Kolumbien verdient Frieden und Beachtung der Menschenrechte.

*Unterschrift*

\*) <http://www.idealists.org/view/org/Gs7NwK2Cfnxd>

Geschäftsstelle: Netzwerk Friedenssteuer, Krennerweg 12, 81479 München, Tel: 089-7259416

Stand 09. 12. 2013

Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Tel	email
AG Lobbyarbeit	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	T 05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
AG Öffentlichkeit & Materialversand	Friedrich	Heilmann	Seestr. 21	15537	Erkner	T 03362-503071 F 03362-27491	heilmann@friedenssteuer.de
Redaktion Friedenssteuer Nachrichten	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	T 05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
AG Rechtswege	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a	81377	München	T 089-716283	post@ullaklotz.de
AG Steuern zu Pflugscharen Region Ost	Gerlinde und Martin	Rambow	Wilhelm-Bode-Str. 30	99425	Weimar	T 03643-741687 F 03643-741688	rambow-weimar@web.de
Internationales/CPTI	Dietmar	Czerny	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen-Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	d.czerny@gmx.de
Vernetzung	Michael	Held	Simon-Haune-Str. 15	36251	Bad Hersfeld	T 06621-620186 F 06621-65645	a-p-s@gmx.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	T 030-4251860	gisela-lmk@web.de
Region Berlin	Eise	Tonke	Stavanger Str. 5	10439	Berlin	T 030-4444379 F 030-44339133	elsetonke@gmx.de
Region München	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a	81377	München	T 089-716283	post@ullaklotz.de
Region Nord	Dedo	von Krosigk	Birkenstr. 32	30171	Hannover	T 0511-801696 F 0511-5194881	dedo.krosigk@web.de
Region Nord	Gudrun	Rehmann	Brahmsstrasse 11	32756	Detmold	T 05231-31231	Telefon 12.30 bis 13.00 Uhr
Region Nürnberg	Dr. Brigitte	Janus	Krelingstr. 10	90408	Nürnberg	T 0911-353237 F 0911-269851	b.janus@mnet-mail.de
Region Nürnberg	Lina	Hoffmann	Olivengweg 36	90441	Nürnberg	T 0911-662993	lina-helmut.hoffmann@t-online.de
Region Südwest	Marduk	Buscher	Schirmhofweg 1	76530	Baden-Baden	T 07221-38194 F 07221-38191	mardukbuscher@t-online.de
Region Südwest	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	T 07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de
Region West	Ute und Dr. Robert	Antoch	Alte Landstr. 32	40489	Düsseldorf	T 0211-403986 F 0211-404723	uantoch@gmx.de rantoch@gmx.de
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rottmayr	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen-Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	k.rottmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stellv. Vorsitzende	Hannelore	Morgenstern-Przygoda	Jesuitengasse 39a	50735	Köln	T 0221-552525	hannelore.morgenstern@gmx.de
Vorstand, Vorsitzender	Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	T 07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de

Spenden an das Netzwerk Friedenssteuer e.V.: IBAN DE25 4306 0967 7001 6016 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC GENODEM1GLS. Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden in der Regel am Anfang des nächsten Jahres verschickt. Die Friedenssteuer Nachrichten erscheinen 2x im Jahr und gehen an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Sperkonto RA Kierig & Becker: IBAN DE37 4306 0967 8043 0931 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC GENODEM1GLS